



Nicht auf Kosten Armer leben!

Sozialethische Überlegungen zu Hunger und Entwicklung

1996 setzte sich die Weltgemeinschaft das Millenniumsziel, die Zahl der von extremer Armut und Unterernährung Betroffenen bis 2015 zu halbieren. Damals hungerten 840 Millionen, heute jedoch über eine Milliarde Menschen! Was läuft schief? Schadet Entwicklungszusammenarbeit mehr, als sie nützt? Früher wurden arme Länder als Kolonien ausgebeutet – heute nötigt man sie zur Teilnahme an einem Weltmarkt, der sie benachteiligt und abhängig macht. Machen wir uns mitschuldig am Elend, wenn wir Produkte aus Übersee kaufen?

Offensichtlich krankt die Menschheit an einem Mangel an Mitgefühl. Oder haben *wir* schlaflose Nächte, weil täglich 26'000 Kinder an Krankheit und Hunger sterben? Statt gegeneinander um gefährdete Ressourcen zu kämpfen, sollten sich Nationen um nachhaltige Landwirtschaften und Verteilungsstrukturen kümmern. Denn die Erde könnte auch eine Bevölkerung ernähren, die bis zum Jahr 2050 gemäss UNO-Schätzungen von derzeit 6,8 auf 9 Milliarden Menschen anwachsen wird.

Welchen Beitrag leisten wir für eine bessere Entwicklung?



Die Millenniumsziele schienen nach der Jahrtausendwende *nicht* aussichtslos: dank positiverer Wirtschaftsentwicklung in Asien und Afrika. Doch 2009 machte die Finanz- und Weltwirtschaftskrise diese Fortschritte wieder zunichte. Mit Tausenden von Steuer-Milliarden stützten Regierungen das Finanzsystem – und *beschnitten* letztlich Entwicklungshilfegelder. Dies vor dem Hintergrund, dass Industrienationen seit 40 Jahren das Versprechen nicht halten, ihre Hilfen auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes zu erhöhen. Zusätzlich blieben Zahlungen von MigrantInnen aus, die durch die Rezession arbeitslos wurden. Gemäss Schätzungen der Weltbank machen Überweisungen an Herkunftsländer mehr als das Dreifache der öffentlichen Hilfeleistungen aus.

Schon *vor* der Krise war zunehmend mit Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln spekuliert worden. Auch die Agrarlandnutzung für Treibstoffe treibt Lebensmittelpreise nach oben und gefährdet in vielen Ländern die Grundversorgung. Entwicklungsrückschritte sind auch durch Umweltbelastung und Klimaveränderungen festzustellen. All dies trägt dazu

sehen... urteilen... handeln!



bei, dass die Zahl der weltweit Hungernden wieder steigt und anfangs 2010 erstmals die Milliardengrenze überschritten hat.

Historische Ursachen

Wurzelt diese Tragödie in der Vergangenheit? Tatsächlich brachten die Europäer seit dem 16. Jahrhundert in fast allen Kontinenten Völker unter ihre Herrschaft. Sie benutzten Kolonien als Lieferanten von Rohstoffen (aus Bergwerken, Monokulturen), Arbeitskräften (Sklaven) sowie als Absatzmärkte. Die «Eroberer» ermöglichten zwar Modernisierungen, hemmten jedoch ganze Kulturen in ihrer Entwicklung. Mit der Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg endeten nur politische, nicht aber wirtschaftliche Abhän-

Brücke · Le pont, das Hilfswerk von KAB und Travail.Suisse, sieht die stillen, alltäglichen Katastrophen, von denen die Medien selten berichten. Es widmet sich den Frauen und Männern, die hart arbeiten, aber zu wenig verdienen, um ihre Familie durchzubringen – den Jugendlichen, die keinen Zugang zu Bildung haben – den Kindern, die arbeiten müssen.

Brücke · Le pont sieht das Potential dieser Menschen, ihre verborgenen Fähigkeiten und Initiativen. Mit dem Programm «Arbeit in Würde» unterstützt Brücke · Le pont rund 30 Projekte in Afrika und Lateinamerika, die Menschen aus Ohnmacht, Abhängigkeiten und Armut herausführen. Schwerpunkte sind: Einkommensschaffung, Berufsbildung und Arbeitsrechte. Information: www.bruecke-lepont.ch

gigkeiten. Ein Teil des Reichtums von Industriestaaten wird darum auf die Ausbeutung der «Dritten Welt» zurückgeführt (Neokolonialismus).

Entwicklungshemmnisse

Lange sah man die Hauptursachen für Unterentwicklung in den Gesellschaften der einzelnen Länder. Im letzten Jahrhundert wurde vor allem auf die technische und industrielle Hilfe gesetzt. Entwicklungsorganisationen «brachten» Brunnen, Strassen, Maschinen, Medikamente, Fabriken und Schulen usw. Allerdings festigten sich viele ihrer Errungenschaften zu wenig. Sie «lösten» sich auf, wenn sich Helfende zurückzogen. Es fehlt bis heute an öffentlichen Infrastrukturen, Bildungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherung. In den Achtzigerjahren erkannte man, dass soziokulturelle und politische Faktoren sowie die Korruption als ein Erbe der Kolonialzeit zu wenig berücksichtigt wurden. Hilfe war kaum *nach unten* «durchgesickert», sondern einer Elite zugute gekommen.

Seither nimmt man äussere Entwicklungsbarrieren stärker wahr: vor allem ungerechte Wirtschafts- und Welthandelstrukturen. Doch statt die weltweite Armut einzudämmen, *verstärkte* die Globalisierung Arbeitslosigkeit, soziale Spannungen, Entwicklungsunterschiede und Umweltbelastungen. Die «freie» Marktwirtschaft trug zwar zu einer gewissen Entwicklungsdynamik bei; aber es fragt sich, wie sie *ökosozialer* zu gestalten ist, um eine genügende Versorgung wirklich *aller* zu gewährleisten.

Marktliberalisierung in der Sackgasse

2001 beschlossen die Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO) die grundsätzliche Liberalisierung ihrer Märkte. Trotz starker Marktöffnungen erreichen die ärmsten 50 Staaten am Welthandel bisher nur einen Anteil um 0,8 Prozent. Es zeigt sich, dass Nationen, die mit Industriegütern, Energieträgern, Kapital oder Know-how handeln, gegenüber Rohstoffe oder landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführenden Entwicklungsländern im Vorteil sind. Der Welthandel funktioniert verzerrt, so dass sie *ihre* Produktionsvorteile kaum nutzen können. Sie werden mit Nahrungsmitteln, die durch Subventionen verbilligt wurden, «überschwemmt». Lokale Kleinproduzenten sehen sich gezwungen, mit multinationalen Agrokonzernen zu konkurrieren. Dadurch werden Selbstversorgung und eigenständige Marktstrukturen gefährdet.

2008 scheiterten die WTO-Verhandlungen über weiter gehende Marktliberalisierungen, weil Industriestaaten nicht auf ihre Agrarzölle und Subventionen verzichten. Schon länger steigt die Zahl bilateraler Abkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. 1995 gab es weltweit nur 20, 2007 schon 159 Freihandelsabkommen. Viele von ihnen drängen schwächere Länder zu noch weiter gehenden Zugeständnissen als in der WTO vorgesehen. Davon profitieren auch Grosskonzerne.

Produktions- oder Verteilungsproblem?

Ist der Hunger hauptsächlich ein Problem gerechter Verteilung? Fachleute sind überzeugt, dass auch 9 Milliarden Menschen zu ernähren wären. Es gebe 70 Prozent Landreserven, die ohne Bewässerung und Rodungen bebaubar seien! Vielerorts stehen Modernisierungsschritte aus. Und mehr als zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu ausreichend gutem Trinkwasser. Uneinig ist man sich, ob die Gentechnologie Produktionssteigerungen ermöglicht. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die WTO und die Weltbank setzen in ihrer Entwicklungspolitik auf eine exportorientierte Agrarwirtschaft mit neuen Technologien. Im Gegensatz zu ihnen sieht der UNO-Landwirtschaftsrat (IAASTD) die Zukunft in einer modernisierten biologischen Landwirtschaft, die sich an geografische, kulturelle und soziale Besonderheiten anpasst.

Tatsache ist: In den meisten Entwicklungsländern gibt es *genug* Nahrungsmittel. Doch die Bevölkerung kann sie sich nicht leisten, weil Verdienstmöglichkeiten fehlen oder die Löhne zu tief sind, als dass man von ihnen leben könnte. Dennoch sind die Agrarpreise so niedrig, dass Kleinbauern kaum Gewinn erzielen. Oft kommt es vor, dass der Transport der Waren zum Markt in die Stadt mehr kostet, als er Erlös bringt. So bleiben diese auf den Feldern liegen und verfaulen, weil Mittel zur Konservierung fehlen. Eine weitere schlechte Tendenz ist, dass reiche Nationen und multinationale Konzerne für *ihren* Bedarf in Entwicklungsländern zunehmend fruchtbares Land kaufen oder langfristig mieten. Damit verliert die einheimische Bevölkerung weitere Ernährungsgrundlagen.

«Bevölkerungsexplosion»

179 Staaten beschlossen 1994 in Kairo einen auf 20 Jahre angelegten Aktionsplan, um das Bevölkerungswachstum mit Familienhilfe und -planung, Bildungsinvestitionen, Frauen- und Gesundheitsförderung einzudämmen. Dies zeigt langsam Wirkung: Der Bevölkerungszuwachs, der zu 98 Prozent in der «Dritten Welt» stattfindet, hat sich verlangsamt. Berechnungen zeigen: Die Menschzahl wird sich um die Jahrhundertmitte bei 9 Milliarden einpendeln und nachher abnehmen.

Nach Norden fließt mehr Geld!

Viele stellen Entwicklungszusammenarbeit *grundsätzlich* in Frage: Warum führen die Milliarden der Industrieländer zu keinem Erfolg? Weil alles in allem *mehr* Geld vom armen Süden in den reichen Norden fließt – nicht umgekehrt! Schon die Kapital- und Steuer-

flucht aus Entwicklungsländern übersteigt gemäss einer von der UNO anerkannten Studie die öffentliche Entwicklungshilfe um das Zehnfache. Die öffentlichen Finanzen dieser Länder werden durch Finanz-Transaktionen und Steuervermeidungspraktiken multinationaler Unternehmen noch viel stärker untergraben als durch private Kapitalflucht.

2100 Milliarden Franken Auslandschulden belasteten 2007 die 122 Entwicklungsländer. Sie sind teilweise unter Korruption, unfairen Bedingungen, für unsinnige Zwecke und Projekte entstanden. Der Norden *profitiert* vom Schuldendienst armer Länder, durch den diesen Geld fehlt für Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung, Energie- und Wasserversorgung usw. Und weil Schulden in Devisen zu begleichen sind, wird der Export forciert und die Binnenwirtschaft vernachlässigt. Die an

Damit Entwicklungsprojekte erfolgreich sind, müssen sie Bedürfnisse, Wünsche und Möglichkeiten der Beteiligten berücksichtigen. Sonst fehlen Motivation und Identifikation. **Brücke · Le pont** achtet darum darauf, dass

- die Projekte aus Initiativen der Benachteiligten entstehen,
- partizipative Methoden angewandt werden, d.h. die Begünstigten in Planung, Durchführung und Auswertung der Projekte miteinbezogen sind,
- die Fähigkeiten und die Selbstständigkeit der Beteiligten gefördert werden,
- die Projektbeteiligten nicht nur ihre materielle Armut überwinden, sondern auch fähig werden, sich am sozialen Leben zu beteiligen und ihre Anliegen in die lokale und nationale Politik einzubringen.



Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) gebundenen Strukturanpassungsprogramme wirken in dieselbe Richtung. Im Entwicklungszusammenhang geht es darum, Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf der Basis einer christlichen Werthaltung wie folgt zu verankern:

Gemeinwohlprinzip

In der Völkergemeinschaft darf nicht der Wohlstand der *Einen* auf Kosten des Elends der *Andern* aufrechterhalten werden. Wirtschaft und Politik sollen weder im Grossen noch im Kleinen Selbstzweck sein, sondern müssen Armut und Hunger überwinden helfen, damit es *wirklich allen* Menschen gut geht.

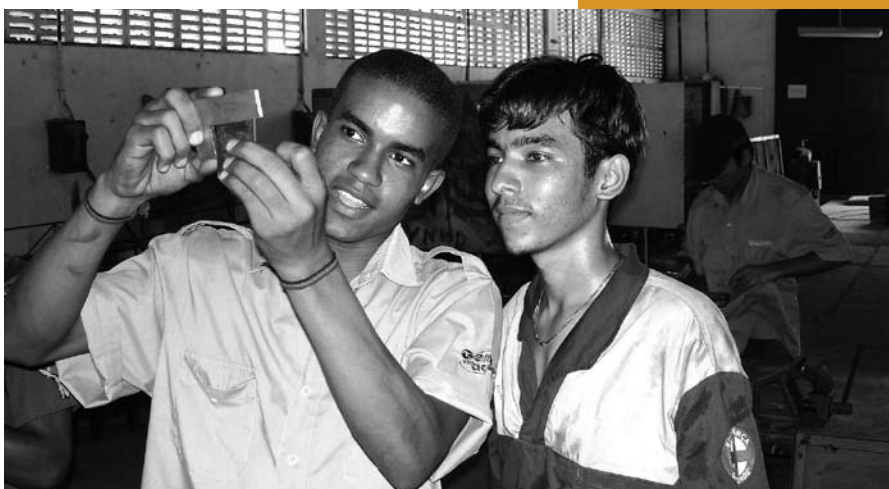
Egoismen überwinden

Ein Teil des Elends und des Hungers *geht* auf die Ausbeutung durch den Kolonialismus zurück. Aber es ist der *heutige* wirtschaftliche und politische Egoismus, der Entwicklung massiv behindert. Wir werden darum mitschuldig, wenn wir davon profitieren, dass Ressourcen und Güter nicht *allen* zugänglich gemacht werden und wir durch ungerecht bezahlte Produkte auf Kosten anderer Menschen leben. Es ist nachvollziehbar, wenn uns Flüchtlinge «heimsuchen», um einen Teil ihres erarbeiteten Geldes in ihre Heimat zurück zu schicken.

Insgesamt verlangt das Gemeinwohlprinzip von uns, übertriebenen Wohlstand zurück zu fahren, um Lebensgrundlagen zu erhalten und *allen* ein «würdiges» Dasein zu ermöglichen. Wenn wir Lebensqualität von der Konsumsteigerungsgier entkoppeln, bedeutet dies kein Verlust. Wir haben die Chance eines Wertewandels zu echter Freiheit und Geschwisterlichkeit, in welchem uns «Kopf und Herz» mit ganzheitlichem Handeln verbindet.

Weltmarkt gerecht regeln

Wie die Weltbank bestätigt, hilft ein *in bisheriger* Art sich weiter liberalisierender Weltmarkt *nicht* aus der Armut. Ganze Regionen benachteiligende bis ausschliessende Wirtschaftsstrukturen, von Mächtigen und



Handelsregeln: Sie lassen Entwicklungen immer wieder im Keim ersticken. Bilaterale Abkommen oder die Globalisierung machen für Menschen im Süden nur Sinn mit dem *Gemeinwohl-Ziel*. Die WTO ist gefordert, ein Regelwerk zum Welthandel aufzubauen, das diesem Ziel verpflichtet ist. Dazu gehört eine Wirtschaftspolitik, welche die Beschäftigung *aller* höher gewichtet als Aktionärs- und Konzerngewinne für *wenige*.

Angesichts von Umwelterstörung und Klimawandel können wir nicht davon ausgehen, dass Entwicklungsgräben einfach durch mehr Wirtschaftswachstum überbrückbar sind. Angesichts der gewaltigen Herausforderungen kann sich die Menschheit die «Mittelverschleuderung» durch militärisches Wettrüsten ebenso wenig leisten wie jene durch unverhältnismässig teure Forschungs- und Weltraum-Projekte mit fraglichem Nutzen.

Solidaritätsprinzip

Aus dem Solidaritätsprinzip heraus engagieren wir uns für die weltweite Umsetzung der Menschenrechte; mit einem besonderen Blick auf jene, die benachteiligt und arm sind. Auch die demokratische Mitgestaltung *aller* an der Weltgemeinschaft muss das Ziel sein.

Armut bekämpfen – Bevölkerungswachstum dämmen

So lange die Nord-Süd-Politik und die Spielregeln der Weltwirtschaft dem Eigennutz mächtiger Staaten und Konzerne dienen, bleibt Entwicklungshilfe Symptombekämpfung. Allerdings zeigt das Solidaritätsprinzip: *Ohne* Entwicklungshilfe wäre Armut noch verbreiteter. Dank ihr hat sich beispielsweise ganz Südostasien stabilisiert. Indien braucht im Gegensatz zu früher keine Entwicklungszusammenarbeit mehr. Und Afrika hatte 1950 eine Bevölkerung von 250 Millionen, heute 950 Millionen Menschen: Trotzdem stiegen Armut und Hunger *anteilmässig* kaum.

Die Menschheit wächst unter den Armen am stärksten! Darum muss man die Armut bekämpfen, um das Bevölkerungswachstum anzugehen. Ein Schlüssel liegt in der Altersvorsorge: Eltern unterlassen «Geburten zur familiären Absicherung» nur, wenn ihre Armut überwindbar scheint und stabile Verhältnisse sie einer von Kindern unabhängigen Altersversicherung vertrauen lässt.



Mehr als «ein Tropfen auf den heissen Stein»

Unterentwicklung hat historische, komplexe und tiefe Ursachen, so dass sie nicht in wenigen Jahrzehnten aufzuholen ist. Eigentlich müssten wir dies als SchweizerInnen wissen: Über 150 Jahre gezielte Entwicklungspolitik – später Subventionen, heute Finanzausgleich genannt – waren bei uns nötig, um die Unterschiede zwischen armen ländlichen und reichen städtischen Gebieten erträglich zu machen. Entwicklung setzt auch soziale, wirtschaftliche und politische Lernprozesse in armen Ländern selbst voraus. Die Überwindung von Korruption, die Bildung einer staatlichen Struktur und demokratischen Kultur muss letztlich von innen kommen und kann von aussen nur solidarisch *unterstützt* werden. Auch die Demokratien Europas hatten sich seit der Französischen Revolution nur *allmählich*, nach vielen schrecklichen Rückschlägen, entwickelt. Dass sich Armut und Hunger vermutlich *nicht in der Zeit und im Mass* der Millenniumsziele reduzieren lassen, darf die Weltgemeinschaft darum nicht von ihrer Verpflichtung *abbringen*, sondern muss sie anspornen.

Sozialverträglich entschulden – Lebensmittel-Spekulation beenden

Viele Entwicklungsländer werden auch in Zukunft nicht imstande sein, ihre Schulden abzubauen. Das Solidaritätsprinzip spricht für ihre Entschuldung. Entscheidend ist, dass diese mit Reformen einhergeht, die sozialverträglich an den *Ursachen* der Verschuldung und der Unterentwicklung ansetzen – und vor allem Zukunftsperspektiven bieten.

Ursprünglich wollten Warenterminbörsen dem Handel mit Landwirtschaftsgütern eine gewisse Berechenbarkeit geben. Mitverursacht durch institutionelle Anleger nahm die Spekulation mit Rohwaren aber ein Mass an, das Lebensmittelpreise extrem verfälscht und schwanken lässt. Diese Fehlentwicklung ist ebenso zu korrigieren wie jene der Biotreibstoff-Produktion. Diese aus Klimaschutz-Gründen staatlich geförderte Energiegewinnung erweist sich als nicht nachhaltig. Das Solidaritätsprinzip fordert, dass Getreide zuerst für hungernde Menschen da sein soll, dann erst für die Mobilität.

Subsidiaritätsprinzip

Das Ordnungsprinzip der Subsidiarität hilft bei der Frage, wie Entwicklung als partnerschaft-

liche Hilfe und als Unterstützung zur Selbsthilfe glücken kann.

Entwicklungshilfe-Grundsätze

Staatliche und private Organisationen müssen darauf bedacht sein, dass «Entwicklung» nicht einseitig von aussen kommt, sondern von den Betroffenen selber vorangebracht wird. Einheimische Fachleute, Bäuerinnen und Bauern, Kleinunternehmungen, Genossenschaften und andere soziale Bewegungen sind als Partner – neben dem Staat – miteinzubeziehen. Ebenfalls wichtig ist das Wahrnehmen von Konfliktlinien: Es gibt auch *in* den Entwicklungsländern Interessengruppen – bis hinein in die Regierung – denen nichts daran liegt, den Ärmsten mehr «Gewicht» zu geben.

Gerechter Zugang zu Ressourcen

Eine zukunftsfähige Weltordnung wird die Zugangskonflikte einer noch wachsenden Menschheit um Boden, Rohstoffe und Energie in eine *nachhaltige* Bewirtschaftung führen müssen. Zu einem wichtigen Prüfstein für Subsidiarität wird dabei ein sorgfältiger Umgang mit dem Wasser. Nach den negativen Erfahrungen mit Nahrungsmittel-Spekulationen sind die Privatisierung und der Handel mit Wasserrechten sehr kritisch zu betrachten. Es ist nicht alles «verkauf- und handelbar»: Wasser gehört zu den Gütern, die *allen* im Sinne eines *service public* zugänglich sein müssen. Auch das *Bodenrecht* muss Kleinbauernleuten eine Existenzgrundlage sichern und verhindern, dass «das Kapital» ohne soziale und ökologische Rücksicht Land erwerben kann.



Aus den vielen «Optionen» für die Armen und Hungernden empfiehlt perspe©tive folgende Schwerpunkte:

Persönlicher Einsatz

Wir tun etwas zur Beseitigung des Elends und gegen die Ohnmacht, indem wir selber zu einer *gerechteren* Welt beitragen. Diese Hoffnung nährt sich eher durch viele kleine und auch indirekte Tatbeweise als durch das Warten auf «den grossen Wurf». Wir tragen zum Ausgleich des «Welthaushalts» bei, indem wir beispielsweise zurückhaltender konsumieren, Fair-Trade-Produkte nachfragen, Energie sparen, Immigierte nicht ausgrenzen, und tatkräftig für eine Wirtschaftsweise und Politik der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit eintreten. Weiter gehende persönliche Beiträge leisten Menschen, die beispielsweise ein(ige) Prozent(e) ihres Lohnes in die Entwicklungszusammenarbeit geben oder gar ihr Leben eine zeitlang in den Dienst eines Hilfsprojektes stellen.

Bewusstseinsbildung

Es ist nötig, uns zu bilden und weiterzubilden, damit wir Zusammenhänge besser verstehen. So kann ein Bewusstsein für globale Zusammengehörigkeit und Gerechtigkeit entwickelt und gepflegt werden. Es wird dazu beitragen, dass wir bewusster, kritischer, aber auch genussvoller leben. Teilen wir unser neues globales Denken mit anderen, beispielsweise

Das Hilfswerk **Brücke · Le pont** konzentriert sein Engagement auf drei Bereiche:

- **Einkommensbildung:** Beispielsweise lernen KleinbäuerInnen, ihre Agrarprodukte zu verarbeiten und gemeinsam zu vermarkten.
 - **Berufsbildung:** Jugendliche lernen einen Beruf und können sich ins Arbeitsleben integrieren.
 - **Arbeitsrechte:** FabrikarbeiterInnen lernen ihre Rechte kennen und durchsetzen.
- Zudem werden in allen 30 Projekten folgende drei Aspekte gefördert:
- **Gleichberechtigung:** Frauen verbessern ihre Stellung in Familie und Gesellschaft.
 - **Ermächtigung** (Empowerment): Die Menschen entwickeln Kraft und Zivilcourage, um sich sozial und politisch einzubringen.
 - **Stärkung der Partnerorganisationen:** Diese verbessern fachliche und administrative Kompetenzen, um die Projekte optimal umsetzen zu können.

auch mit Jugendlichen – und engagieren wir uns in sozialen und politischen Bewegungen, die für eine gerechtere und friedliche Welt eintreten!

Projekt-Unterstützung

Wir empfehlen jene Hilfswerke finanziell zu unterstützen, die unter folgenden Kriterien arbeiten: Projekte und Programme sollen ergebnisorientiert sein und die sozialen, kulturellen sowie geografischen Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen. Sie gehen von Initiativen, Vorgehensweisen und Entwicklungszielen der begünstigten Personen, Institutionen oder Partnerländer aus und werden von ihnen zu eigen gemacht. Sie sind auf Selbstständigkeit der Begünstigten hin angelegt und fördern speziell die Frauen. Sie verbessern nicht nur die materiellen Lebensumstände, sondern stärken ebenso die Rechtsstellung dieser Menschen und unterstützen sie darin, sich zu organisieren und ihre Interessen politisch zu vertreten. Entwicklungsorganisationen sollen über Regeln und Instrumentarien verfügen, um unerwünschte Folgen ihrer Tätigkeit zu vermeiden. Diese ist auf ihre Wirkungen hin zu überprüfen. Sie bedarf der Transparenz und einer regelmässigen Finanzkontrolle.



Unterstützenswürdig sind auch Institutionen der Bewusstseinsbildung sowie einer Politarbeit, welche Regierungen, Konzerne und internationale Organisationen auf globale Gerechtigkeit, soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit verpflichten und überprüfen.

Nationale Entwicklungszusammenarbeit

An den Millenniumszielen sowie an den seit 1970 «hängigen» Entwicklungshilfeversprechen der Industrieländer ist festzuhalten. Auch die Schweiz muss ihren Entwicklungshilfe-Anteil entsprechend auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Die Staatengemeinschaft soll eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben, die den Menschen Arbeit und Verdienst ermöglicht. So sind zum Beispiel die kleinbäuerliche, ökologische Landwirtschaft und arbeitsintensive (statt kapitalintensive) Infrastrukturvorhaben zu fördern.

Korrumpierte und diktatorische Regierungen dürfen nicht länger aus wirtschaftlichen Gründen unterstützt werden. Die Zivilgesellschaften der betreffenden Länder sind zu stärken, damit sie einen Prozess hin zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorantreiben können.

Weltwirtschaftliche Umorientierung

Gefordert ist eine Globalisierung in folgende Richtung: eine weltweit gerechte Wettbewerbsordnung, Arbeits- vor Kapitalbildung,

Bindung der Finanzflüsse an die Realwirtschaft, Ausgleich des Gefälles zwischen den Weltregionen, Internationalisierung der sozio-ökologischen Kosten sowie ein Ordnungsrecht für den Energie- und Ressourcenverbrauch. Ungerechte Freihandelsabkommen sind aufzuheben und durch *faire* Vereinbarungen im Rahmen der WTO zu ersetzen. Um schlechtere Ausgangsbedingungen im weltweiten Wettbewerb auszugleichen, sind Entwicklungsländer in einer Übergangszeit bevorzugt und differenziert zu behandeln und vor einer voreiligen Öffnung ihrer Märkte zu schützen. Industrieländer sollen Zollschränken und Agrarsubventionen abbauen.

Spekulationen mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln sind zu unterbinden, die Produktion nicht nachhaltiger Agrartreibstoffe zu stoppen.

Stärkung der Weltgemeinschaft

Institutionen wie WTO, IWF, Weltbank und UNO-Sicherheitsrat sind zu demokratisieren, so dass Entwicklungsländer ebenbürtig mitentscheiden können. Die Staatengemeinschaft soll einen langfristigen Machtausgleichs- und Friedensprozess anstossen, um das Wettrüsten einzustellen. Dazu gehören als international verbindliche Ziele die UNO-Charta, Menschenrechte, ILO-Kernarbeitsnormen, die Rio-Konvention für eine nachhaltige Entwicklung und der Kairo-Aktionsplan gegen das Bevölkerungswachstum.

Schuldenerlass

Den ärmsten Ländern sind die Schulden zu erlassen mit der Auflage, die entschuldeten Beträge für Entwicklungsprogramme einzusetzen. Strukturanpassungen sollen lokale Wirtschaftsnetzwerke stärken und den Menschen ökonomische Selbstständigkeit ermöglichen, beispielsweise auf der Basis von Mikrokrediten. Die Entwicklung von grundlegenden öffentlichen Infrastrukturen wie Gesundheits- und Bildungswesen muss Vorrang vor jedem Schuldendienst haben.

Finanzmarkt-Korrekturen

Die Kapitalflucht aus Entwicklungsländern ist zu bekämpfen. Auch die Schweiz hat ihnen in Steuerangelegenheiten die erleichterte Amtshilfe, die Zinssteuer und schliesslich die automatische Informationsweitergabe zu gewähren. Steueroasen müssen geschlossen und das Bankgeheimnis abgeschafft werden. Darüber hinaus braucht es stärkere weltweite Kontrollmechanismen gegen Preismanipulationen: International tätige Firmen sind zu verpflichten, detailliert Verkäufe, Profite und Steuern für jedes Land auszuweisen.

Um das weltweite Wohlstandsgefälle auszugleichen und die Arbeit der UNO-Institutionen zu einer sozialen und nachhaltigen Welt zu stärken, sind globale Steuern einzuführen. Wir fordern als Anfang eine Finanztransaktionssteuer (Tobin Tax). Sie soll für die Millenniumsziele verwendet werden.

Oktober 2010

Impressum

Herausgeber (Bestelladresse)

Union der Christlichsozialen, Geschäftsstelle,
Dorfstrasse 11, 9423 Altenrhein
Tel: 071 855 19 47, Fax 071 855 19 28,
www.ucs-ch.org, info@ucs-ch.org

Brücke - Le pont, Rue St-Pierre 12, 1700 Freiburg
Tel: 026 425 51 51, Fax 026 425 51 50
www.bruecke-lepont.ch

Text: Theo Bühlmann, PR- und Medienschaffender,
Fuchsacker 3, 6233 Büron, Tel: 041 933 13 23,
Mail: at.buehlmann@bluewin.ch

Mitarbeiter: Dr. Thomas Wallimann-Sasaki, Sozialinstitut KAB,
Ausstellungsstr. 21, Pf. 1663, 8031 Zürich
Tel: 044 271 00 32, www.sozialinstitut-kab.ch

Bildungsinstitut für Arbeitnehmende ARC,
Hopfenweg 21, Pf. 5775, 3001 Bern
Tel: 031 370 21 11, www.travailsuisse.ch

Preis: Einzelnummer: Fr. 4.80, Satz à 10 Stück: Fr. 12.00
Satz à 50 Stück: Fr. 40.00 (+ Versandkosten)

Die Union der Christlichsozialen Schweiz (UCS) setzt sich aus den Organisationen CSP Schweiz, KAB Schweiz, dem Gewerkschaftsdachverband Travail.Suisse und kantonalen UCS-Organisationen zusammen.

Bild-Legenden

Die Bilder dieser perspe©tive stammen von **Brücke - Le pont**.

Titelbild: «Ich darf etwas lernen, ich kann etwas aus mir machen!» Jede Entwicklung beginnt damit, dass Menschen ernst genommen werden und eine Chance erhalten. (Projekt Boa Vista, Brasilien)

Seite 2: Das Einkommen der Frauen kommt der ganzen Familie zugute und verhilft ihr zu Anerkennung in der Gesellschaft. (Projekt Danyi, Togo)

Seite 3: Eine Berufsbildung ist die Grundlage für ein selbständiges Leben; sie eröffnet jungen Menschen den Zugang zu Arbeit und Einkommen (Projekt Boa Vista, Brasilien)

Seite 4: Arbeitende Kinder und Jugendliche lernen, sich gegen Missbrauch zu wehren und ihre Rechte geltend zu machen. (Projekt Albergue, Bolivien)

Seite 5: Was in den Projekten gelernt und erarbeitet wird, geht weiter an Nachbarn, Verwandte und Öffentlichkeit und schafft allmählich ein neues Bewusstsein. (Projekt Esperanza, Bolivien)



sehen...



urteilen...



handeln!

«perspective» ist eine politische Broschüre. Sie macht ethische Werthaltungen zu politischen Themen sichtbar, indem sie den Denkweg zu politischen Positionen klar und durchsichtig aufzeigt. Dabei wird die Methode des ethischen Dreischritts: Sehen—Urteilen—Handeln verwendet. Als Methode wurde «Sehen—Urteilen—Handeln» im Rahmen der christlich-sozialen Arbeiterbewegung entwickelt.

Die Herausgeber dieser Broschüre wissen: Es gibt nicht nur eine Ethik. Wichtig ist aber, dass die verschiedenen Ethiken sich verständlich darstellen. Erst dann ist es möglich, dass der einzelne Mensch sich als freie Person für die eine oder andere Position und Perspective vernünftig und begründet entscheiden kann.

Der ethische Grundsatz

«Das Gute ist zu tun, das Böse zu meiden.» Das ist der allgemeine Grundsatz des ethischen Denkens. Die Ethik stellt Regeln und Forderungen zur Diskussion, wie das Gute im persönlichen Leben oder in der Gesellschaft zu realisieren ist. Strittig ist dabei die Frage: Was ist eigentlich das Gute konkret?

Die ethische Grundlage

Unser Denken und Handeln ist davon geprägt, wie der Mensch vom Menschen denkt. Der christlich-sozialen Ethik liegt das biblisch-christliche Menschenbild zu Grunde. Es besagt: Der Mensch ist Abbild und Geschöpf Gottes. Als solches ist es zu freien Entscheidungen berufen. Zur Freiheit und Geschöpflichkeit gehören, dass der Mensch begrenzt ist und Fehler macht. Wir müssen daher damit leben lernen, dass der Himmel auf Erden nicht machbar ist und alle totalitären Wünsche gefährlich sind. Der Mensch muss aber nicht resignieren. Er darf sich von Gott geliebt wissen und diese Liebe zur Basis nehmen für sein Engagement für eine bessere (nicht perfekte!) Welt.

Der ethische Dreischritt

Christlich-soziale Ethik strukturiert das ethische Denken mit Hilfe des Dreischritts «Sehen – Urteilen – Handeln».

perspective



Hinschauen, Analysieren: Worin besteht das Problem?

Wer nicht genau hinsieht, hat Vorurteile. Genau hinschauen ist schwierig, weil eine komplizierte Welt uns Mühe bereitet, die Sachverhalte richtig einzuordnen. Es geht also darum in einem ersten Schritt, ein Problem oder eine Frage nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu analysieren. Denn ohne Analyse besteht die Gefahr, dass wir Entscheidungen ohne Wirklichkeitsbezug treffen oder die Wirklichkeit unseren Bedürfnissen anpassen. Die Wahrnehmung und Untersuchung eines Problems soll möglichst so geschehen, dass auch Menschen, die unsere Beurteilung nicht teilen, sagen können: «Dieses Problem ist angemessen und sachlich richtig beschrieben.»



Wert-Grundlagen klären: An welchen Massstäben orientieren wir uns?

Wenn wir auf der Suche sind, wie wir handeln sollen, müssen wir in einem zweiten Schritt nach den Wegweisern und Massstäben fragen. Sie geben uns Urteilshilfen, ausgehend von der Situationsanalyse die richtigen Handlungsoptionen zu wählen. Der heute meistgebrauchte Beurteilungsmassstab ist der wirtschaftliche. Er beurteilt Situationen nach dem Muster: Wieviel kostet es? Können wir Gewinn machen? Perspektive orientiert sich an Massstäben, die auf dem christlichen Menschenbild aufbauen. Wir denken, dass die folgenden fünf «Wegweisen» (Prinzipien) ausreichend sind, die allermeisten Probleme genügend kritisch zu beurteilen.

Das Personalitätsprinzip

Es besagt: Jeder Mensch ist als Person mit unverlierbarer und unantastbarer Würde zu achten. Das Personalitätsprinzip benennt

damit die Voraussetzung für ethisches Denken und Verhalten. Es gibt Antwort auf die Frage: Worauf baut das Zusammenleben auf? Eng mit diesem Prinzip verwandt sind die Menschenrechte, z.B. das Recht auf Leben oder das Recht auf Unversehrtheit.

Das Gemeinwohlprinzip

Es fordert: Die Gesellschaft soll so geordnet sein, dass sich das menschliche Zusammenleben zum Vorteil aller entwickeln kann. Niemand soll übermässig begünstigt oder übermässig belastet werden. Im Zentrum steht die grundsätzliche Frage: Wer profitiert, wer verliert bei Entscheidungen. Das Gemeinwohlprinzip gibt zudem Antwort auf die Frage nach dem ethischen Ziel des sozialen (wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen) Handelns: Wohlstand und ein gutes Leben für wirklich alle. Es dient den folgenden Prinzipien als Ziel.

Das Solidaritätsprinzip

Dieses Prinzip basiert auf dem Grundsatz, dass der andere Mensch ein Mit-Mensch ist, dessen Würde anerkannt werden muss. Haftung und Verantwortung sollen gegenseitig verpflichtend sein, gerade auch dann, wenn mit Hilfe und Einsatz nicht das eigene Vorwärtskommen gefördert wird. Solidarität bedeutet in diesem Sinne etwas anderes als «geben, damit es mir etwas bringt», sondern „geben, weil der Andere ein Mensch in Not ist“. Befreiungstheologisch kommt es in der Option für die Armen zum Ausdruck. In der Solidarität verbindet sich die Forderung nach Gerechtigkeit mit der Praxis der Liebe.

Das Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip verlangt, dass die je grösseren und übergeordneten Sozialgebilde im Dienste der kleineren und untergeordneten zu stehen haben. Hilfe zur Selbsthilfe soll geleistet werden. Darum soll die übergeordnete Ebene – etwa der Staat – nicht Aufgaben an sich reissen, die eine untergeordnete Instanz – der Kanton, eine Gemeinde oder die Familie – selber besser erfüllen kann. Wenn aber eine untergeordnete Instanz eine Aufgabe nicht lösen kann, dann muss die übergeordnete (helfend) tätig werden. Das Subsidiaritätsprinzip sagt damit etwas aus über den sinnvollen Aufbau einer Gesellschaft und eine gute Beziehung zwischen

den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft. Es hilft Antworten finden auf die Frage: Wer soll eine Entscheidung treffen und eine Handlung ausführen? Selbstverantwortung und Sozialpartnerschaft kommen in diesem Rahmen zur Sprache.

Das Nachhaltigkeitsprinzip

Die Sorge um die Natur und deren Entwicklung kommt im Nachhaltigkeitsprinzip zum Ausdruck. Es besagt: Die Entwicklung von heute soll die Möglichkeiten späterer Generationen nicht gefährden, ihren eigenen Lebensstil zu wählen und Bedürfnisse zu befriedigen. Drei Dimensionen spielen hier zusammen:

- Umwelt: Im Blickfeld sind die Förderung erneuerbarer Ressourcen und Effizienzsteigerung im Umgang mit Energien. Nur so viel, wie nachwächst, soll auch gebraucht werden (Regeneration). Ebenso sollen nur soviel Schadstoffe produziert werden, wie die Umwelt verkraften kann.
- Wirtschaft: Es geht darum, für alle ausreichend Wohlstand zu schaffen (vgl. Gemeinwohlprinzip), ohne die Umwelt zu gefährden. Umweltverträglichkeit setzt dem reinen Marktdenken Grenzen.
- Gesellschaft: Alle sollen am Nutzen teilhaben (Partizipation). Wer von einer Massnahme direkt betroffen ist, soll mitbestimmen können (Demokratieforderung).



Optionen formulieren: Wie sollen wir handeln?

«Ethik» endet nicht im Erkennen des Guten und Richtigen, sondern im Tun des Guten und Richtigen. Die Erfahrung lehrt uns, dass es verschiedene Handlungsebenen gibt. Es gibt nicht nur die Einzelpersonen, die handeln, sondern auch Vereine, Organisationen, Staaten oder die Weltgemeinschaft als ganze. Es sind daher Handlungsanweisungen (Optionen) für jede Ebene auszuformulieren.

*Thomas Wallimann-Sasaki
Bruno Weber-Gobet*